

Große Demonstration von Bahn- und Fluglärmgegnern am 27. April in Mainz angekündigt!

Strategietreffen der Bahn- und Fluglärmgegner in Boppard brachte Maßnahmenpaket und gemeinsame Demonstration.

Am Strategietreffen des Aktionsbündnisses Verkehrslärm am vergangenen Wochenende in Boppard nahmen das Bündnis der Bürgerinitiativen gegen Fluglärm in Rheinhessen und Rhein-Main (dem rund 80 Bürgerinitiativen angehören), Vertreter von Initiativen gegen Fluglärm aus dem Raum Köln/Bonn sowie Bahnlärminitiativen aus den Regionen Ober- und Hochrhein, Stuttgart/Leonberg, Mittelrhein, Niederrhein, Bremen und Oldenburg teil.

Veranstalter des Treffens war das Bürgernetzwerk Pro Rheintal. Als Gast referierte der bekannte Epidemiologe Prof. Dr. Eberhard Greiser über die gesundheitlichen Folgen des Lärms. Greiser, der unter anderem im Einzugsgebiet des Flughafens Köln/Bonn eine umfassende Gesundheitsstudie erstellt hat und zurzeit in Bremen eine epidemiologische Untersuchung über alle Verkehrsarten durchführt, verwies darauf, dass es im Bahnlärbereich noch keine entsprechenden Untersuchungen gäbe.

Dabei wies noch einmal auf den ungeheueren Schaden hin, den eine ständige Lärmexposition bei Menschen bewirkt. Nach seinen Hochrechnungen ergeben sich über die nächsten zehn Jahre beispielsweise im Einzugsbereich des Frankfurter Flughafens aufgrund von Lärm rund 23.000 Erkrankungsfälle, davon 3.400 mit Todesfolge, sowie Kosten in Höhe von 1,6 Milliarden Euro. Greiser zeigte an Beispielen aus der Epidemiologie, wie unabwendbar Erkrankungen durch Lärm sind, wenn Menschen, wie beim Verkehrslärm an Straßen, Bahnlinien und in Flughafenregionen, dauerhaft und vor allem nachts diesem ungeheueren Lärm ausgesetzt sind.

Eine zentrale Botschaft des Treffens war, dass Menschen ein Anrecht auf Nachtruhe haben. Insbesondere seien Ruhestörungen in der Zeit zwischen 22 Uhr und 7 Uhr eine auf Dauer nicht zu tolerierende

gesundheitliche Beeinträchtigung. Die derzeitige Regelung in Frankfurt mit einem Nachtflugverbot von 23 bis 5 Uhr klammere laut Prof. Greiser gut ein Drittel der Betroffenen aus. Greiser betonte, dass der privatwirtschaftliche Nutzen gegenüber dem volkswirtschaftlichen und sozialen Schaden in keinem Verhältnis mehr stünde.

Da im Einzelfall die Schäden durch Lärm und Stress nie eindeutig zugeordnet werden könnten, sei auch im Bahnlärmbereich eine umfassende epidemiologische Untersuchung dringend notwendig, die auf harten Fakten wie Krankenkassendaten über Verschreibungen von Medikamenten sowie ambulanten und stationären Therapien beruhe. Nur so könnten die stark von Lärm betroffenen Gebiete mit weniger stark betroffenen Gebieten verglichen werden, um daraus Rückschlüsse auf Lärmschäden ziehen zu können.

Die Initiativen bezeichneten es einhellig als einen Skandal, dass trotz jahrzehntelanger Proteste und Aufklärungsarbeit politisch keine nennenswerten Fortschritte zugunsten der Menschen erzielt werden konnten und dass nach wie vor die Berücksichtigung von privatwirtschaftlichen Lobbyinteressen die Agenda der Politik dominiere. Das käme unter anderem dadurch zum Ausdruck, dass sich alle Bundesregierungen bisher weigerten, die notwendige Novellierung des Immissionsschutzes in Angriff zu nehmen. Die Menschen seien deshalb ohne Ansprüche auf Lärmschutz und die Politik versuche mit kleinen Gesten, die Bürgerschaft in Schach zu halten.

Aus diesem Grunde wollen Fluglärm- und Bahnlärminitiativen jetzt durch gemeinsame Aktionen und Maßnahmen bis zur Bundestagswahl für Veränderung sorgen. Angekündigt wurde in diesem Zusammenhang eine große gemeinsame Demonstration in Mainz, am Samstag, 27. April 2013, um 13 Uhr vor dem Gebäude der Railion-Zentrale. Anschließend soll im Mainzer Volkspark ein Volksfest stattfinden. Die Initiativen erwarten tausende von Lärmbetroffenen und Unterstützern, die aus allen Teilen der Republik in die Landeshauptstadt kommen, um eindrucksvoll für Nachtruhe und Lärmschutz zu demonstrieren.

Als weitere Maßnahme wurde die Teilnahme am Evangelischen Kirchentag in Hamburg (1. bis 5. Mai) bekanntgegeben, wo die Initiativen mit einem eigenen Stand, auf dem ein „Lärmhaus“ errichtet wird, eine breites Publikum und eine große Zahl von teilnehmenden Politikern über die Lärmproblematik „hautnah“ informieren wollen.

Gemeinsame Auftritte soll es zukünftig auch bei den Montagsdemos am Terminal 1 des Frankfurter Flughafens geben. So wird Pro-Rheintal-Vorsitzender Frank Gross auf der Montagsdemo am 22. April in Frankfurt erwartet, um eine Rede zu halten. Weitere konzertierte Maßnahmen wie Brief- und Fragebogenaktionen, die Einbeziehung wirtschaftlicher Kreise in das Lärmaktionsbündnis sowie gezielte Lärmprotestaktionen wird das Bündnis aus strategischen Gründen erst nach und nach bekannt geben.

„Es gibt heute keinen Zweifel mehr, dass Lärm krank macht und dass der Verkehrslärm die Gesellschaft insgesamt pro Jahr mehr Geld kostet, als entsprechender Lärmschutz einmalig kosten würde“, sagte Frank Gross. Das sei ähnlich wie beim Atomstrom: die politikbeherrschenden Konzerne steckten sich die Taschen voll und die Altlasten würden der Gemeinschaft aufgelastet. Beim Verkehrslärm seien das die externen Kosten für Gesundheit, Immobilienwertverluste, Arbeits- und Produktionsausfälle, etc., die alle Bürger zu zahlen hätten, also auch die nicht Lärmbetroffenen.

Gross warnte, es gäbe in Zukunft keine gesunde wirtschaftliche Entwicklung mehr, wenn man die Menschen weiter den krankmachenden Einflüssen von Verkehr und Umweltbelastungen aussetzt. Außerdem sei das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit mit wirtschaftlichen Interessen nicht aufzuwiegen, und Politiker könnten auf Dauer nicht gegen das Volk und über die Interessen des Volkes hinweg regieren.

Weitere Informationen unter:

Pro Rheintal e. V. Bürgernetzwerk

Frank Gross, 1. Vorsitzender
Simmerner Straße 12
56154 Boppard

Tel. 06742 801069-0
Fax 06742 801069-1
E-Mail: info@pro-rheintal.de
www.pro-rheintal.de



Bild: Beim Treffen des Aktionsbündnisses Verkehrslärm in Boppard machte der Epidemiologe Prof. Dr. Eberhard Greiser noch einmal deutlich, wie unabwendbar Erkrankungen – zum Teil mit Todesfolge – sind, wenn Menschen nachts dauerhaft Verkehrslärm ausgesetzt werden.